



Mir d'Vollek

Oppositionspartei

BIERGERLËSCHT – Liste Citoyenne – Mir d'Vollek ab sofort außerparlamentarische Opposition

Wir leben längst nicht mehr in einer Demokratie und eigentlich hat das Volk noch nie in diesem Land geherrscht. Früher mußte allerdings niemand finanzielle Nachteile befürchten, wenn er auf einer Wahlliste aufschien, die dem herrschenden Establishment nicht paßte. Heute ist dem nicht mehr so und wir können daher niemandem gram sein, der deswegen nicht als Kandidat bei uns aufscheinen wollte. Da wir mit unvollständigen Listen unsere Botschaft nicht durchgebracht hätten, sparen wir uns die Mühen, umso mehr es nach dieser Wahl sowieso so weitergeht, wie das in den USA beheimatete internationale Finanzkapital (Blackrock, Vanguard, State Street usw.) es der Luxemburger Regierung über die US-Administration, die NATO und die EU-Kommission vorschreibt. Es gibt keine eigenständige Luxemburger Politik mehr, das Land hat jede Souveränität in wichtigen Fragen verloren und wird in fremdem Interesse an die Wand gefahren.

Dieses Schicksal teilen wir mit den anderen EU-Mitgliedsländern, die allesamt ebenfalls ihrer Souveränität entledigt wurden bei den antirussischen Sanktionen, mit denen die EU auf Wunsch der US-Administration von günstiger russischer Energie und ebenso günstigen Rohstoffen abgenabelt wurde. Die Sprengung der Nordstream-Pipeline war da nur das letzte Tüpfelchen auf dem i. Dabei hatten alle EU-Länder seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts ihren Wohlstand auf Energie und Rohstoffen zunächst aus der UdSSR, dann aus der Russischen Föderation aufgebaut, wobei die Lieferungen selbst in Zeiten internationaler Krisen verlässlich erfolgten. Es ist gelogen zu behaupten, das Abnabeln davon sei eine Folge von tief fliegenden Kugeln in der Ukraine, denn die Firmen aus der Russischen Föderation wären nach wie vor lieferfähig und lieferwillig.

Wer die Deindustrialisierung Westeuropas und damit Luxemburgs stoppen will, wer den Wohlstand erhalten und nicht durch Massen-Arbeitslosigkeit und Armut ersetzen will, muß dafür eintreten, den USA die Gefolgschaft aufzukündigen und muß sie auffordern, Europa mit ihrer NATO zu verlassen, die nie eine Verteidigungsgemeinschaft war, sondern immer nur ein Instrument der USA zur Kontrolle, Instrumentalisierung und finanziellen Ausnutzung der Mitgliedsstaaten. Leider tut das bisher niemand bei den kandidierenden Listen.

Ein weiteres Problem, das zur Verarmung und zum Verschwinden der Freiheitsrechte führt, ist die Klima-Religion des tödlichen CO₂. Obwohl uns Band 4 von Meyers Konversationslexikon aus dem Jahre 1844 mitteilt, unsere Atmosphäre enthalte 0,04 Prozent davon, behauptet der Panikrat IPCC, in der vorindustriellen Zeit seien das nur 0,028 Prozent gewesen und es sei daher als Katastrophe anzusehen, wenn das heute 0,041 Prozent sind. Der übereilte Ausstieg aus sogenannten fossilen

Energiequellen ist ein weiterer Sargnagel für Wohlstand und Freiheitsrechte für nichts und wider nichts, denn daraus wird rein gar nichts Positives erwachsen. Wir werden dafür mehr und mehr kontrolliert und schikaniert sowie aller Bewegungsfreiheit beraubt.

Angesichts all dessen brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn nichts geschieht, um die Geschehnisse in der Corona-?Plandemie aufzuarbeiten, wo massiv Steuergelder zu den Aktionären der pharmazeutischen Industrie umgeschaufelt, Freiheitsrechte eingeschränkt wenn nicht gar abgeschafft, und Menschen regelrecht umgebracht wurden mit Nicht- und Falschbehandlung einschließlich dem Verspritzen experimenteller Stoffe, die nicht als Impfung bezeichnet werden können, da sie weder vor der Krankheit noch vor der Weitergabe derselben schützten. Bis dahin war das Erreichen einer sterilen Immunität die Definition von Impfung und es gab nie derartige Nebenwirkungen wie jetzt. Wenn jetzt Hohepriester der Plandemie auf diversen Wahllisten auftauchen, so kann das nur heißen, dauerhaft solle ein Aufarbeiten der Plandemie-?Verbrechen verhindert werden.

In einem System von direkter Demokratie in Politik und Wirtschaft, in dem alle entscheidungsbefugt sind bei Beschlüssen, die sie betreffen, wäre all das nicht möglich. Leider sind die wenigsten bereit, für eine wirkliche Herrschaft der Bevölkerung aufzustehen, leider haben wir aktuell nicht die Möglichkeit, die schlafende Mehrheit zu erreichen. Die Zeit für Veränderungen in diese Richtung aber wird kommen müssen, damit wir nicht alle versklavt werden. Daher werden wir weiterhin tätig bleiben und bei den Wahlen zum EU-?Parlament antreten. Bis dahin werden viele negative Auswirkungen der aktuellen Politik in den Ländern des kollektiven Westens, die ausschließlich im Interesse des internationalen Finanzkapitals sind, ebenso sichtbarer werden wie das Abkoppeln des asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Kontinents von diesem Westen. Es wird bis dahin auch hierzulande das Ende des Preisdeckels auf Strom und Gas vor der Tür stehen, wonach ab 1.1.2025 ein 2,5 facher Preis für die Bezieher ansteht.

Helft uns die Opposition dagegen zu stärken – sie wird nicht in der Chamber stattfinden!

Falls Sie weitere Fragen haben: 691 94 57 12.

